



Euro-Kurzinformation (36)

im August 2014

☞ **Studie zu den Kosten für die drei Standorte des Europäischen Parlaments (EP) veröffentlicht**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat eine Studie zu den Kosten der drei Standorte des EP vorgelegt. Nach der Schätzung des Rechnungshofs könnten pro Jahr 114 Mio. EUR eingespart werden, wenn der Sitz des EP in Straßburg zugunsten des Standorts Brüssel aufgegeben würde. Hinzu käme eine einmalige Summe von 616 Mio. EUR, wenn die Gebäude in Straßburg erfolgreich veräußert werden könnten. Der Umzug der in Luxemburg angesiedelten EP-Verwaltung nach Brüssel dürfte laut Rechnungshof Einsparungen von 13 Mio. EUR pro Jahr bringen, unter der Voraussetzung, dass der dann in Brüssel benötigte zusätzliche Büroraum gekauft wird. Dafür werden 220 Mio. EUR veranschlagt. Der EuRH betont, dass es sich bei diesen Angaben lediglich um Schätzwerte handele. Auch weisen die Rechnungsprüfer darauf hin, dass die Aufteilung der EU-Institutionen auf die Mitgliedstaaten im EU-Vertrag festgelegt ist. Danach hat das EP seinen offiziellen Sitz in Straßburg, wo auch zwölf Plenartagungen im Jahr stattfinden müssen. Kurzplenartagungen und Ausschusssitzungen werden in Brüssel abgehalten. Das Parlamentssekretariat ist in Luxemburg angesiedelt. Diese Regelung kann nur dann geändert werden, wenn dem alle EU-Mitgliedstaaten zustimmen.

Kommentar: Einsparungen von über einer Mrd. € (!) in einer Legislaturperiode durch die Konzentration der Standorte bei zudem effizienterer Nutzung der Arbeitszeit unserer Parlamentarier – eigentlich ein „free lunch“: jedes ergebnisorientierte und verantwortungsbewusste Unternehmen würde diese Maßnahme sofort umsetzen!

☞ **EU-Kommission plant Verringerung der Energieabhängigkeit von Russland**

Die EU importiert 53 Prozent der Energie, die sie verbraucht. 90 Prozent des Erdöls, 66 Prozent des Erdgases und 42 Prozent der Festbrennstoffe wie Kohle werden aus Nicht-EU-Ländern importiert. 2013 machte Energie ein Fünftel aller Importe aus. Vor allem von Russland ist die EU im Bereich Energie abhängig. Allein in sechs EU-Staaten wird Gas nur aus Russland importiert.

Jetzt hat die EU-Kommission einen Plan präsentiert, der zeigt, wie Energieabhängigkeit verringert werden kann. Zu den wichtigsten Punkten des Planes zählen:

- Vollendung des Energiebinnenmarkts und Bau fehlender Infrastrukturverbindungen, um auf mögliche Versorgungsstörungen rasch reagieren zu können und Energieflüsse dorthin zu lenken, wo sie gebraucht werden.
- Diversifizierung der Lieferländer und Versorgungswege. Die EU wird ihre Beziehungen zu verlässlichen Partnern aufrechterhalten, gleichzeitig strebt sie Beziehungen zu neuen Partnerländern und Versorgungsrouten an.
- Erhöhung der einheimischen Energieproduktion. Dazu zählen unter anderem der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien und die nachhaltige Gewinnung fossiler Brennstoffe.
- Steigerung der Energieeffizienz. Dadurch soll der Energiebedarf der Gebäude verringert werden

Kommentar: So ein Plan ist dringend nötig und sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden.

☞ Bericht zur Bahn – Teil 2

Der Qualität und Quantität der Studie sowie deren Relevanz Rechnung tragend möchten wir hier noch einige weitergehende Informationen zusammenstellen sowie die direkte Lektüre der Studie empfehlen (http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12471_de.htm). Nachdem wir im Vormonat über den insb. in Deutschland stark subventionierten Bahnsektor berichteten, werden nun einige Ergebnisse die Kundenzufriedenheit betreffend fokussiert. Dem Index der Zufriedenheit mit Bahnhöfen und –reisen zufolge sind nur 51 % der Deutschen zufrieden (im europäischen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich). Mit der Verfügbarkeit von Personal sind im Durchschnitt 58 % der Europäer zufrieden, aber nur 32 % der Deutschen (europaweit drittschlechtestes Ergebnis). Mit der Zugfolge sind in den Niederlanden, UK und Schweden z.B. 10 % unzufrieden, in Deutschland über 20 %. Laut Umfrage ist die Unzufriedenheit mit der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in Frankreich (47 %) und Deutschland (42 %) am höchsten. Zudem haben lediglich 78 % der Fernzüge hier bei uns weniger als 15 Min. Verspätung. Hierzulande ist dann die Freude im Zug hingegen groß, wenn die Verspätung das Stundenmaß übersteigt, denn dann wird der halbe Fahrpreis erstattet, quasi eine belohnte Entschleunigung.

Kommentar: Eine subjektiv empfundene Unzufriedenheit mit den Leistungen unserer Deutschen Bahn ist mit der Studie objektiv belegt und die negativen Folgen mangelnden Wettbewerbs werden allzu deutlich.

☞ Erasmus-Stipendium kommt an, aber...

Im Studienjahr 2012/2013 haben mehr Studierende, Lehrkräfte und Hochschulbedienstete als jemals zuvor einen Erasmus-geförderten Aufenthalt an einer Gasthochschule im Ausland absolviert. Wie die Kommission mitteilt, nahmen demnach im Verlauf dieses Studienjahres insgesamt mehr als 268.000 Studierende und etwa 52.600 Hochschulbedienstete an einer Mobilitätsmaßnahme teil. Die meisten Erasmus-Stipendiaten kamen aus Spanien, Frankreich und Deutschland, wobei Spanien auch das beliebteste Zielland für Auslandsaufenthalte war, gefolgt von Deutschland und Frankreich. Positiven Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen der betreffenden Länder scheint das Programm jedoch nicht zu haben. So stellt die polnische Soziologin Karolina Wigura fest, dass der studentische Austausch wie das Erasmus-Programm kaum etwas zu den derzeit guten deutsch-polnischen Beziehungen beiträgt, weil die Studierenden nur unter sich bleiben.

Kommentar: Da kann man doch etwas ändern!

☞ Polen – ein fundamentalistischer Staat in der EU?

1993 schloss Polen mit dem Vatikan einen Staatskirchenvertrag. Der Verfassungsrechtler Wiktor Osiatyński kritisiert diesen Vertrag vor allem wegen der daraus resultierenden Privilegien der Kirche und schlägt vor, ihn abzuschaffen. Unterstützt wird er von dem Nachrichtenmagazin Newsweek Polska: „Die Kirche droht den Abgeordneten mit Exkommunizierung, wenn sie für ein Gesetz stimmen, das die künstliche Befruchtung regelt... Und sie greift die Genderwissenschaften an, welche die patriarchalischen Strukturen in Frage stellen, die wiederum das Wesen der Kirche sind. Das alles sollen keine Privilegien sein? Osiatyński hat Recht, wenn er sagt, dass wir nur einen Schritt von einem religiösen Staat entfernt sind. In Polen gibt es alles, was es in einem fundamentalistischen Staat auch gibt – nur mit dem Unterschied, dass wir noch darüber sprechen dürfen.“

Kommentar: Vertrag abschaffen!